

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Befestigung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Büro)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 81/82.

Berlin, Sonnabend, 17. April 1915.

Lebenundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis:

Kriegsparpflcht. — Die Kriegsparpflcht unserer Industrie. — Der öffentliche Arbeitsnachweis und die Vermittlung von Kriegsinvaliden. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbands. — Anzeigen-Teil.

Kriegsparpflcht.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Heinz Potthoff in der „Globe“ einen Artikel, in dem er darauf hinweist, daß die Löhne der Arbeiter in der Rüstungsindustrie eine beträchtliche Steigerung erfahren haben. Bei Drehern und Schlossern, die nach Ansicht Potthoffs „schon immer verhältnismäßig gute Löhne erhielten“, seien jetzt „infolge der Verdoppelung Tageslöhne von 10 Mk., 12 Mk., ja auch 15–20 Mk. keine Seltenheit“. Es hat jetzt in dieser Zeit wohl keinen Zweck, eine Auseinandersetzung über die Frage herbeizuführen, ob Drehler und Schlosser „schon immer verhältnismäßig gute Löhne“ erhalten haben; das würde nicht nur zu weit führen, sondern es würde uns auch gar nicht schwer fallen nachzuweisen, daß diese Behauptung in dieser allgemein gehaltenen Form nicht das Richtige trifft. Wohl stimmt es, daß die Arbeiter, die in der Rüstungsindustrie jetzt, in der Kriegszeit beschäftigt werden, höhere Einkommen erzielen, als das vor dem Kriege möglich war. Aber wenn Dr. Potthoff behauptet, daß Tageslöhne von 15 bis 20 Mk. jetzt keine Seltenheit seien, so stimmt das nicht. Derartig hohe Verdienste sind Ausnahmen und wirkliche Seltenheiten. Sie mögen sich ergeben in der Woche, in welcher ein größerer Auftrag fertig gestellt wird und zur Auszahlung kommt, können aber für die große Masse nicht in Rechnung gestellt werden. Daneben gibt Dr. Potthoff aber auch selbst zu, daß höhere Verdienste „mit einer außerordentlichen Anspannung der Arbeitskräfte, Verlängerung der Arbeitszeit, Ueberstunden und Nacharbeit erzielt werden.“

Durch diese hohen Löhne gewöhnt sich nach Potthoff ein Teil der Arbeiterschaft an eine Lebensführung, die sie nach dem Kriege nicht aufrechterhalten könne. Für die Zeit nach dem Frieden sei also eine Störung des Arbeiterhaushalts zu erwarten, wenn dieser sich daran gewöhnt habe, die gegenwärtigen hohen Einnahmen restlos zu verbrauchen. Es erscheint daher dem Verfasser dringend erwünscht, „daß ein Teil der Lohn erhöhungen aufgespart wird, damit einerseits jetzt der Konsum sich nicht an zu hohe Ausgaben gewöhnt, andererseits in der blauen Zeit ein Zufluß zu den knappen Mitteln vorhanden ist.“

Herr Dr. Potthoff regt daher die Frage an, ob es nicht angebracht sei, einen staatlichen Sparzwang einzuführen, ungefähr in der Form, daß von dem 10 Mk. pro Tag übersteigenden Lohne die Hälfte gespart werden solle. Der Unternehmer dürfe dieses Geld aber nicht in sein Geschäft stecken, sondern er müsse es einer mündel-sicheren Sparkasse überweisen und könne vielleich-t einen Zuschuß zur Verzinsung geben. Dieser Vorschlag ist es, gegen den sich die Arbeiter mit aller Entschiedenheit wenden müssen. Ein solcher Behormungung in ihrem Bestimmungsrechte können sie nicht beipflichten. Soll dem Arbeiter hier ein Zwang auferlegt werden, dann muß auch den Unternehmern, die heute für Heereszwecke liefern, und die nach Ansicht des Herrn Dr. Potthoff dabei „Kloßig“ verdienen, die Verpflichtung auferlegt werden, ebenfalls einen Teil ihres Verdienstes einer gewissen Zwangsverwaltung zu unterstellen, damit nicht die Löhne und die Einkommen der Ar-

beiter in ungünstiger Zeit wesentlich herabgedrückt, sondern aus diesen Unternehmer-Reserven ergänzt werden oder dergl. Gegen eine solche Bevormundung würden auch die Unternehmer lebhaften Einspruch erheben; das würden sie sich gewiß nicht leichten Herzens gefallen lassen.

Es soll aber nicht unerwähnt bleiben, daß Dr. Potthoff die jetzigen hohen Löhne nicht etwa an sich kritisiert, sondern daß er sie nur für geeignet hält, dem Gedanken eines Sparzwanges näher zu treten. Er sagt ausdrücklich, „daß sich jeder vernünftige Mensch über die Lohnsteigerungen freuen wird, und daß es sozial zu begrüßen sei, wenn ein möglichst großer Teil der Kriegsübergewinne an die arbeitenden Massen kommt“. Das muß hier gesagt werden, um nicht falsche Meinungen aufkommen zu lassen.

Die von Herrn Dr. Potthoff angeregte Frage eines staatlichen Sparzwanges ist aber auch noch aus verschiedenen anderen Gründen zu verneinen. Zunächst ist in Erwägung zu ziehen, daß die Kriegszeit eine nicht unbedeutende Teuerung mit sich gebracht hat. Für Kartoffeln muß man heute den doppelten Preis zahlen und noch mehr als in Friedenszeiten. Bei Süßfrüchten ist das selbe der Fall, und auch alle anderen Lebensmittel sind im Preise bedeutend gestiegen. Diese Preissteigerungen verursachen viel höhere Ausgaben für die Lebenshaltung, die eben nur durch höhere Einnahmen ausgeglichen werden können, und dadurch geht an und für sich bereits ein ansehnlicher Teil des höheren Verdienstes wieder verloren. Und wenn es den Arbeitern möglich ist, ihre Kleidungsstücke und Wäsche zu vervollständigen, oder Bedarfs- und Gebrauchsgegenstände anderer Art jetzt zu kaufen, so ist das „volkswirtschaftlich“ sehr günstig.

Die außerordentliche Anspannung der Arbeitskräfte, die heute in der Rüstungsindustrie verlangt wird, erfordert aber auch Maßnahmen, die dem Kräfteverfall entgegenwirken. Was würde uns der Mut und die Ausdauer unseres Heeres nützen, wenn wegen nicht genügender Leistungsfähigkeit unserer dabeiinhabenden Arbeiterschaft ein Waffenmangel, Munitionsmangel oder ein Mangel an anderen Gegenständen des Heeresbedarfs einträte. Das ist es ja, worauf wir in Deutschland so sehr und hoffnungslos sind, daß wir unseren Heeresbedarf im eigenen Lande und mit eigenen Arbeitskräften herstellen können. Sollen diese Kräfte leistungsfähig erhalten bleiben, dann muß ihnen auch die Möglichkeit gegeben werden, daß sie sich durch zweckentsprechende, zeitgemäße Nahrungsaufnahme wieder erheben und stärken können. Das erfordert heute ebenfalls mehr Geld, und zwar recht viel mehr als in Friedenszeiten.

Dann kommen weitere Dinge in Frage, die bei dem Verbrauch höherer Lohnneinnahmen nicht unerwähnt bleiben dürfen und die das Gemein-schaftsgefühl unseres Volkes in der jetzigen Kriegszeit so schön kennzeichnen. Wohl jeder Arbeiter hat heute mindestens einen näheren oder entfernteren Anverwandten im Felde draußen. Allen unseren Söhnen und Brüdern draußen an der Front, unseren Kollegen und Freunden, die für uns ihr Leben daraneben, ihnen allen wollen wir hin und wieder ein Liebeszeichen senden, um ihnen die so harten Entbehrungen und Strapazen des Krieges wenigstens etwas zu erleichtern. Und die Arbeiter haben auch hierbei oft recht tief in den Beutel gegriffen. Sie würden das nicht können, wenn ihr Einkommen nicht danach wäre. Sie opfern auch für solche Dinge einen großen Teil ihres Mehrverdienstes, den sie in der Kriegszeit erzielen, und sie tragen wesentlich mit dazu bei,

Kraft und Mut unserer Feldfrauen draußen vor dem Feinde zu erhalten.

Es kommt ferner hinzu, daß es zahlreiche Arbeiter für ihre Ehrenpflicht halten, den Familien der Kriegsteilnehmer ein Scherlein zu opfern. In vielen Städten und Gemeinden sind die Frauen und Kinder nur auf die Staatsunterstützung angewiesen, weil diese Gemeinden nicht bemittelt genug sind, um Zuschüsse leisten zu können. Da muß so mancher Marktschein geopfert werden, wenn man nicht will, daß die Tochter oder Schwiegertochter, die Schwägerin oder sonst irgend eine Anverwandte mit ihren Kindern bittere Not leiden soll. Und die Arbeiter tun das mit wenigen Ausnahmen gern. Wissen sie doch auch, worauf es jetzt ankommt.

Die in den Gewerksvereinen organisierten Arbeiter zahlen bei Entrichtung ihrer Gewerkebeiträge noch Sondersteuern, die sie sich freiwillig auferlegt haben, um den Familienangehörigen ihrer im Felde stehenden Kollegen hilfreich beizustimmen und ihnen kleine Zuschüsse in der jetzigen Zeit allgemeiner Teuerung aufkommen zu lassen. Auch dadurch geht ein Teil des Mehrverdienstes verloren. Alle diese besonderen Ausgaben sind in den Zeiten des Friedens nicht erforderlich; sie geben aber gerade jetzt ein herrliches Bild von dem Opfermut, der auch die deutsche Arbeiterschaft beweist.

Nun mag es zutreffen, daß ein Teil unserer Arbeiterschaft von dem jetzt erzielten Mehrverdienst etwas zu erübrigen vermag. Aber das kann, der bringt kein Geld auch zweifellos nach der Sparkasse, ohne daß hierzu ein staatlicher Zwang notwendig ist und ohne daß sich der Unternehmer erst damit abgeben muß. Die Zeichnungen für die letzte Kriegsanleihe haben doch ergeben, daß sich gerade die kleinen Sparler sehr reger hieran beteiligt haben. Zu diesen kleinen Sparern gehören doch zweifellos auch viele der sogenannten qualifizierten Arbeiter, und wenn diese ihren „Ueberfluß“ in der jetzigen Zeit dem Deutschen Reich zur Verfügung stellen, dann besagt das wohl genug. Es ist nur eine geringe Minderheit unter den Arbeitern, die ins Blaue hinein wirtschaftet, ohne jede Berechnung. Dieser Minderheit wegen kann man aber nicht besondere Verordnungen oder Gesetze schaffen, die nicht im Interesse der großen Masse liegen. Die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft ist so herangebildet, daß sie zu disponieren versteht, dank der Erziehungsarbeit durch die Arbeiterorganisationen. Das Selbstverantwortlichkeitsgefühl wird sicher nicht gestärkt und die Arbeitsfreudigkeit wird nicht gefördert, wenn mit einem staatlichen Sparzwang in das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter rücksichtslos eingegriffen wird. Das bringt mehr Schaden als Nutzen und muß von uns mit Entschiedenheit bekämpft werden.

Die Frage, inwiefern den jugendlichen Arbeitern bei der Lohnzahlung ein Sparzwang auferlegt werden soll und wann, mag vorläufig unerörtert bleiben. Jedenfalls haben hier auch die Eltern und Vornünder ein Wort zu reden, da der Verdienst jugendlicher Arbeiter sehr oft zur Erhaltung der Familie bis zum letzten Pfennig notwendig ist, insbesondere wenn der Vater gestorben, die Mutter nicht voll arbeitsfähig ist und noch mehrere kleine Kinder in der Familie vorhanden sind. Diese Frage würde ein Kapitel für sich bilden, dessen Erledigung wohl jetzt nicht so dringend sein dürfte. Schließlich müssen doch aber auch Eltern und Vornünder soviel Einfluß auf jugendliche Arbeiter besitzen, daß sie selbst wissen, was mit dem verdienten Lohn des jungen Mannes gemacht werden soll.

In einer kurzen Notiz beschäftigt sich auch die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ mit der von Herrn Dr. Bötthoff angestellten Frage, jedoch ohne vorläufig dazu bestimmte Stellung zu nehmen. Nach deren Meinung bleibt es abzuwarten, welche Aufnahme dieser Gedanke in den beteiligten Kreisen finden wird. In den Kreisen der Deutschen Gewerbetreibenden findet dieser Gedanke entschiedene Ablehnung, und ich darf wohl voraussagen, daß die anderen Arbeiterorganisationen, die auf Selbstständigkeit Anspruch machen, ebenso denken werden.

Gust. Sartmann.

Die Kriegsrüstung unserer Industrie.

W. Auch die feindlichen Ausländer bestaunen heute die gewaltige Organisationskraft des deutschen Wirtschaftslebens. Sie gestehen das zwar ungenug zu, aber sie fühlen doch mit jedem Kriegsmonat mehr, daß diese Kraft unseren Heeren an der Front den starken Rückhalt gibt und damit gleichfalls eine der Vorbedingungen des Sieges ist. Am Beginn des Krieges sahen die Lage unserer für die Kriegsrüstungen arbeitenden Industrien eine sehr schmerzliche zu sein. Mit dem Zuge, da auch England auf die Seite unserer Gegner trat, waren wir vom Weltmarkt fast abgeschnitten; die Versorgung mit den notwendigen Rohstoffen war gesperrt, und unsere Gegner triumphierten bereits, daß es uns nicht möglich sei, unsere Kriegsrüstung auf längere Zeit zu ergänzen und unsere Industrie aufrecht zu erhalten. Man meinte, unsere Kriegsrüstung und ebenso unser Wirtschaftsleben müsse nach kurzer Zeit wegen Mangel an Rohstoffen zusammenbrechen.

Das war einer der vielen Irrtümer, die unseren Gegnern das Urteil trübten. Sie hätten die außerordentliche Gestaltungskraft und Anpassungsfähigkeit des deutschen Wirtschaftslebens wenigstens ahnen können, wenn sie nicht, in Gaf und Mißgunst längst besangenen, jeden sicheren Blick für deutsches Weizen verloren hätten. Allerdings war die Aufgabe, der plötzlichen Schwervierigkeiten Herr zu werden, für die deutsche Industrie nicht leicht. Vor allem galt es, h a u s h ä l t e r i s c h mit den vorhandenen Stoffen umzugehen. Um das, eine richtige Verteilung und genaue Verwendung der vorhandenen Rohstoffe im Dienste der Landesverteidigung zu erlangen und gleichzeitig den ununterbrochenen Betrieb zahlreicher Erwerbszweige aufrecht zu erhalten, schaute man selbst starke Eingriffe in das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte nicht. Ohne sich durch graue Theorien im geringsten behindern zu lassen, tat man, was der Ernst des Tages erforderte. Man belegte Mehl und Getreide mit Beschlag, schrieb dem Einzelnen vor, wieviel Brot er essen dürfe und enteignete Kraft eines unbefristeten Staatsnotrechts namentlich alle für die Kriegsrüstung wichtigsten Rohstoffe, soweit diese nicht in unbeschränktem Maße in Deutschland vorhanden waren oder hergestellt werden konnten.

Mit dieser Energie und der einsichtsvollen Anpassung des deutschen Wirtschaftslebens an solche tief einschneidende Maßnahmen machten wir große Hoffnungen unserer Gegner zunichte. Allerdings erforderte die technische Anpassung an diese Maßnahmen sehr viel Arbeit, Umsicht und kaufmännische Fähigkeit. Es handelte sich vor allem darum, die vorhandenen Rohstoffe nicht nur sicherzustellen, sondern auch überall der leistungsfähigsten Stelle zuzuführen und sie demnach zu verteilen, daß alle mit Seereschiffen versehenen Industrien und einzelnen Werke ihre eingegangenen Verpflichtungen pünktlich erfüllen konnten. In drängender Eile mußten die Organisationen für diese wichtige und schwierige Aufgabe völlig neu geschaffen werden. Das ist über Erwarten gelungen. Schon am 13. August vorigen Jahres trat die Kriegsrüstungsabteilung in das Leben. Sie ermittelte zunächst den ungefähren Bedarf der Seereschiffahrt und den Umfang der dafür vorhandenen Stoffe sowie Zahl und Umfang der mit der Dedung dieses Bedarfs betrauten oder noch für sie heranzuziehenden industriellen und gewerblichen Unternehmungen. Dann wurde auf Antrag der Abteilung von den einzelnen Generalkommandos die Beschaffung einer Anzahl notwendiger Stoffe verfügt. Um die ihr gestellte Aufgabe ohne auch hier leicht verhängnisvoll wirkenden Bürokratismus und mit möglichster Vermeidung von Frätschen zu lösen, wählte die Kriegsrüstungsabteilung die Selbstverwaltung der einzelnen in Betracht kommenden Industrien in der Form der Aktiengesellschaft an; über Aktiengesellschaften ganz besonderer Art. Ihr Erwerbscharakter wurde völlig ausgeschlossen; sie sollen weder Dividenden noch Liquidationsgewinn verteilen; als Beitrag haben sie einen Abschlags- und Verteilungs-

schuß, in dem auch nicht unmittelbar beteiligte Mitglieder sitzen. Ein Staatsminister sorgt durch sein Vetorecht für den staatlichen Einfluß auf die Gesellschaften. Diese besitzen aber keineswegs ein Monopol auf Rohstoffbezug. Sie müssen jedem nachträglich Zutretenden Aktien überlassen und bei der Verteilung der Rohstoffe haben die Aktionäre kein Vorrecht. Als Aufgabe dieser Gesellschaften wird es weiter betrachtet, den vorhandenen Rohstoffvorrat durch Ausprobung und Verwendung guter Ersatzmittel, Zurückgewinnung von Altmaterial, Erzeugung künstlicher Rohstoffe, Förderung aller Einfuhrmöglichkeiten, Ergreifen und Verwenden der in Feindesland uns verfügbar gewordenen Bestände usw. zu vermindern.

Die Verteilung der Rohstoffe findet demnach statt, daß die Gesellschaften den Betrieben für Kriegsrüstung je nach der Höhe ihrer Aufträge die Stoffe zuführen. Auch Kleinbetriebe sollen dabei in gerechter Weise berücksichtigt werden. Um Preissteigerungen zu verhindern, wurden für gewisse Rohstoffe Höchstpreise festgesetzt. So geschieht die Verteilung der Wolllieferanten an die einzelnen Betriebe für Seereschiffahrt durch die Kriegswollbedarfs-Aktiengesellschaft und die Kammerwoll-Aktiengesellschaft. Die eine sorgt für Militärfabrikanten, die andere für die Kammerwollspinnereien. Andere Gesellschaften erstrecken sich auf die chemische Industrie, auf verschiedene Metallindustrien, auf die Industrien für Verarbeitung von Baumwolle, Leder, Gummi. Wo es möglich war, hat man überall Vorräte getroffen, daß auch der für den ohnehin vielfach eingeschränkten Privatbedarf arbeitenden Industrie der Rohstoff nicht fehlt. Diese Verteilungsgesellschaften haben dort meistens ihren Sitz, wo bisher die Haupthandelsstelle für ihren Rohstoff bestand. So geschieht z. B. die Verteilung der Rohbaumwolle durch die Rohbaumwoll-Abrechnungsgesellschaft in Bremen. Wie groß der Geschäftskreis einzelner dieser Gesellschaften ist, beweist die Tatsache, daß der tägliche Umsatz der Kriegswoll-Aktiengesellschaft und der Deutschen Rohhaut-Aktiengesellschaft etwa zwei Millionen Mark beträgt.

Ein besonderes Gewicht wird von der Kriegsrüstungsabteilung darauf gelegt, den deutschen Kriegsrüstungsmarkt, soweit das möglich ist, vom Auslande überhaupt unabhängig zu machen. Versuche, das auf dem Gebiet gewisser Chemikalien zu erreichen, sind bekanntlich von Erfolg gewesen. So ist es gelungen, stoffhaltige Verbindungen mit leichter Mühe als bisher aus der Luft zu gewinnen, ein Verfahren, zu dessen kräftiger Ausnützung durch den Staat der Reichstag kürzlich auf Vorschlag der Regierung ein Reichsmonopol beschlossen hat.

Auch im übrigen brauchen wir uns heute über unseren Bedarf an Rohstoffen für den Krieg keinen großen Sorgen hinzugeben. Die hier kurz erwähnten Organisationen der deutschen Industrie haben die wichtigsten dieser Stoffe und ihre entsprechende Verteilung sicher gestellt; außerdem hatten wir das Glück, sowohl in Belgien, wie in Nordfrankreich und selbst in Rußisch-Polen bedeutende Mengen wertvoller Stoffe für Kriegsrüstungen in unsere Hand zu bekommen. So sind wir in unserer Kriegsführung vom Auslande demnach unabhängig geworden, daß auf sie selbst die längste und strengste Blockade durch feindliche Kriegsschiffe ebensowenig einen irgendeine ausschlaggebenden Einfluß haben wird wie auf unsere Ernährung. Die Kriegsrüstung der deutschen Industrie ist stark genug, um unsere Heere selbst für den längsten Krieg mit allem zu versehen, dessen sie bedürfen.

Der öffentliche Arbeitsnachweis und die Vermittlung von Kriegsinvaliden.

g. Die Kriegstätigkeit der öffentlichen Arbeitsnachweise neigt sich der zweiten großen Aufgabe zu, die ihr durch die kriegerischen Ereignisse des Jahres 1914/15 zugefallen ist. Galt es im ersten Kriegshalbjahr, der Seereschiffahrt die zahllosen Arbeitskräfte für das Armierungsweesen zu liefern, der Industrie die tausend Hände für die eilige Ausführung der Staatsaufträge, kurz der Kriegswirtschaft selbst zu dienen, so ist es jetzt Zeit, der Folgen des Krieges zu gedenken, der wiederkehrenden friedlichen Betätigung der Bevölkerung neue Wohnen zu finden und insbesondere den Kriegsinvaliden bei der Erschließung neuer Erwerbs- und Arbeitsgelegenheiten behilflich zu sein. Die Bundesräte der Kriegsgesellschaften haben, sind auch die öffentlichen Arbeitsnachweise zu ihrem Teile zu berufen.

Es ist daher mit Freuden zu begrüßen, daß in unserem deutschen Vaterlande sich bereits allenthalben Kräfte regen, um dieses Ziel zu erreichen.

Angliederung besonderer Abteilungen für Kriegsinvalide bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen, Errichtung von Berufsberatungs- und Auslastungsstellen im Anschluß an die Arbeitsnachweisverbände, Zusammengehören der öffentlichen Arbeitsnachweise mit verwandten gemeinnützigen Einrichtungen und sozialen Vereinen — das alles gehört zu den nächstliegenden Aufgaben unserer großen Zeit. Die Organisation dieser künftigen Fürsorgetätigkeit ist in einzelnen Landesstellen bereits dem Abschlusse zugeführt. Wie wir dem letzten Hefte der Zeitschrift des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise entnehmen, ist beispielsweise im Königreich Bayern nach dem Erlaß des Bayerischen Staatsministeriums vom 28. Februar 1915 „zur Zusammenfassung der Arbeitsvermittlung in jedem Kreise einen öffentlichen Arbeitsnachweis ein besonderer „Stellennachweis für Kriegsinvalide“ als Hauptvermittlungsstelle des Kreises anzugliedern“. Den Nachweisen, die nach Bedarf auch für kleinere Bezirke gebildet werden können, fällt die Aufgabe zu, „innerhalb des Kreises und im Benehmen mit dem Kreisaußschuß in allgemeiner Werbetätigkeit für die Kriegsinvaliden eine ausreichende Zahl geeigneter Arbeitsstellen in Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie, Handel und Hauswirtschaft zu gewinnen, in denen die Kriegsinvaliden zu entsprechendem lohne dauernde Beschäftigung finden“ usw.

In der Provinz Westfalen ist man gleichfalls an die Regelung der Kriegsinvalidenfürsorge herangetreten, wozu ein besonderer Ausschuß gewählt wurde, dem u. a. auch der Westfälische Arbeitsnachweisverband angehört. Nach den „Allgemeinen Richtlinien“ des Provinziallandtages in Brandenburg soll die Schulung zur Arbeit und die volle Wertschätzung der gewonnenen Arbeitsfähigkeit der Kriegsinvaliden in Anlehnung an die Organisation des Arbeitsnachweises — Verband Märkischer Arbeitsnachweise — erfolgen. Sehr beachtlich in dieser wichtigen Angelegenheit ist auch das Vorhaben des Ausschusses für die Kriegsinvalidenfrage in Sessen-Nassau, dem Großherzogtum Hessen und dem Fürstentum Waldeck. Nach einem Bericht der „Sozialen Praxis“ vom 1. April 1915 soll als Abteilung des Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverbandes eine kantonallich zu leitende Geschäftsstelle hierfür errichtet und an die geeigneten Arbeitsämter sollen örtliche Ausschüsse angegliedert werden. Auch in dem industriereichen Königreich Sachsen soll bereits in nächster Zeit der Gegenstand einer eingehenden Behandlung unterzogen werden.

Soffentlich wendet man auch anderwärts dieser dringlichen Angelegenheit bald seine Aufmerksamkeit zu!

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 16. April 1915.

Die Beschäftigung von Kriegsoverleuten wird, wie aus andern Notizen aus dieser Nummer hervorgeht, zurecht recht gründlichen Besprechungen unterzogen. Das ist gut, denn es ist Ehrenpflicht, für diejenigen unserer tapferen Truppen, die vor dem Feinde ihre volle Erwerbsfähigkeit eingebüßt haben, in ausgiebigster Weise zu sorgen. Diese Fürsorge darf sich nicht beschränken auf die Gewährung von Renten, sondern sie muß auch darin zum Ausdruck kommen, daß den Invaliden durch zweckmäßige Behandlung die Möglichkeit gewährt wird, sich im Erwerbsleben zu betätigen, und daß ihnen dadurch das drückende Gefühl genommen wird, minderwertige Mitglieder der Volksgemeinschaft geworden zu sein. Dazu können auch die Arbeiter ein gut Teil mit beitragen, und sie werden sich dieser Pflicht nicht entziehen. Namentlich werden sie dort, wo Kriegsoverleute eingestellt werden, alles aufbieten, daß diese sich in den Beruf einarbeiten. Sie werden ihnen freundschaftlich helfen und ihnen gern etwaige Hilfsmittel und praktische Sandgriffe zeigen, überhaupt alles tun, daß die Invaliden möglichst vollwertige Arbeiter werden. Das ist man ihnen schuldig, und das darf man auch später, wenn das Gefühl der Dankbarkeit gegenüber den Verletzten vielleicht schwächer geworden ist, nicht vergessen. Die von mancher Seite gegebene Befürchtung, die Arbeiter könnten in den Kriegsoverleuten Konkurrenten und Lohnrücker sehen und ihnen das Wiedereintreten in den früheren Beruf oder die Erlernung eines neuen erfordern, muß unter allen Umständen von den Arbeitern selbst durch die Tatsachen als unbegründet erwiejen werden. Die Organisationen werden schon dafür sorgen, daß für gleiche Leistungen gleiche Verdienste erzielt werden, gleichviel, wer die Arbeit macht. Und etwaigem Mißbrauch von Kriegsoverleuten wird hoffentlich auch durch die Behörden

energisch entgegengetreten werden. Jedenfalls halten wir schon heute die Mahnung für angebracht, daß die deutlichen Arbeiter alles unterliegen, um den Verletzten Gerechtigkeit zu geben, sich wieder eine Verdienstmöglichkeit zu schaffen, und daß sie ihnen dabei bereitwillig mit Rat und Tat zur Seite stehen. Das schreibt ihnen, abgesehen von allem andern, schon das Gefühl der Dankbarkeit vor, das wir jetzt und auch für spätere Zeiten nicht ersticken lassen dürfen.

Auf eine umfangreichere Beschäftigung der Kriegsgefangenen weist ein Erlaß des preussischen Eisenbahnministers v. Breitenbach hin, dessen Inhalt kurz folgendes befragt:

Infolge der Einberufungen zum Wehrdienst und der zunehmenden Tätigkeit auf dem Gebiete der Industrie und des Gewerbes hat das Angebot von Arbeitskräften sehr nachgelassen. Landwirtschaft und Bauwesen nehmen zahlreiche Leute in Anspruch, und da auf Zugung vom Auslande nicht zu rechnen ist, ist ein Arbeitermangel zu befürchten. Darunter wird auch die Eisenbahnverwaltung leiden, die beim Eintritt milder Witterung die Bau- und Unterhaltungsarbeiten in größerem Umfange wieder aufnehmen muß. Da es im Interesse der allgemeinen Landesverwaltung unerlässlich ist, auf die Arbeiterbedürfnisse der Landwirtschaft und der die Rohstoffe schaffenden Industrie weitgehende Rücksicht zu nehmen, wird nur übrig bleiben, auf die zahlreichen Arbeitskräfte zurückzugreifen, die sich in den Kriegsgefangenen bieten. Es sind Maßnahmen getroffen worden, daß Kriegsgefangene in der Landwirtschaft, im Bergbau, in industriellen und gewerblichen Betrieben zur Arbeit herangezogen werden. Aber auch im Bereich der Eisenbahnverwaltung wird angestrebt werden müssen, Kriegsgefangene überall, wo dies zweckmäßig und unbedenklich erscheint, heranzuziehen. Von der Arbeit an durchgehenden Betriebsstellen und solchen Bahnhofsstellen, die regelmäßig dem Publikum dienen, sind Kriegsgefangene in Rücksicht auf das obenstehende Interesse der Verkehrssicherheit zwar fernzuhalten. Es wird sich aber anderwärts genügend Arbeitsgelegenheit für Kriegsgefangene finden, die auszuwählen ist den Eisenbahndirektionen überlassen. In erster Linie würden Arbeiten aller Art bei Neubauten in statistischen Büros und Steuerverwaltungen, auf Kohlenlagern, Dünen- und Umschlagplätzen, bei Materialmagazinen, Schwefelagern und dergleichen in Frage zu kommen, aber auch Erd- und sonstige Arbeiten, bei Bahnhofsunterbauten usw., soweit sie nicht die Hauptleistung betreffen, ferner Gleisunterhaltungsarbeiten auf Nebenstellen werden in Frage kommen. Der Minister erwartet, daß die Direktionen die Unternehmer zur Beschäftigung von Gefangenen veranlassen. Die Überweisung solcher nach dem Eisenbahnministerium kleinere Trupps an Gemeinden für landwirtschaftliche Arbeiten und dergleichen abzugeben sind entschlossen und die Bewachung der Einzelarbeiten durch zuverlässige Hilfswachmannschaften zugelassen hat. Eine Schwierigkeit bieten allerdings die Gefangenenerlöser, so zahlreich vorhanden, daß an vielen Stellen förmliche Entnahme von Arbeitskräften und deren Förderung sowie die Beschäftigung aus dem Lager möglich sein wird.

Nach der bisher geübten Praxis darf als selbstverständlich angenommen werden, daß man Kriegsgefangene nur beschäftigt, wenn einheimische Arbeitskräfte nicht vorhanden sind.

Die Beschäftigung von Kriegsinvaliden wird ebenfalls teilweise auch in den Kreisen der Arbeitgeber eingehend erörtert. So wurde in einer kürzlich abgehaltenen Versammlung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände folgende Erklärung abgegeben:

Betreffs der staatslicherseits geplanten Fürsorge für verbliebenen Kriegsinvaliden erklärt die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, deren Organisation 76 Verbände mit 24 Millionen beschäftigten Arbeiter umfaßt, ihre freudige Bereitwilligkeit zu einer einmündigen und tatkräftigen Mitwirkung. Insbesondere wird sie befreit sein, auf die ihr angehörenden Verbände dahin zu wirken, daß deren Mitglieder die mittels der fortgeschrittenen modernen Orthopädie und Seiltunde zur Arbeit befähigten Invaliden in ihre Betriebe aufnehmen und ihnen Gelegenheit zu nutz- und lohnbringender Beschäftigung gewähren. Zum Ausbau aller diesen Zwecken dienenden Einrichtungen nach besten Kräften mitzuwirken, stellt die Vereinigung ihre Hilfe schon jetzt gerne zur Verfügung.

Auf denselben Ton stimmt es im Auftrage, den der Handwerksammer-Präsident Dr. Wilden-Disseldorf in der „Soz. Prax.“ veröffentlicht. Darin heißt es u. a.:

„An dem guten Willen der Stille ist auf Seiten der Arbeitgeber im Handwerk sicher nicht zu zweifeln. Besonders die Handwerkskammern und die Innungen werden, davon darf man überzeugt sein, alles tun, den verkrüppelten Handwerkern den etwa erforderlichen Berufswechsel oder die Änderung ihrer bisherigen Beschäftigung zu erleichtern. Das wird, wenigstens bei denen, die bereits als Handwerker ausgebildet sind und über die erforderliche Handfertigkeit verfügen,

nicht allzu schwierig sein. Viele von ihnen werden nacheinander in kürzester Zeit unternehmen können. Aber auch denen, die nicht gelernte Arbeiter sind, ihren bisherigen Beruf nicht mehr ausüben können, jedoch für irgend ein Handwerk sich eignen werden, die Landesvertretungen des Handwerks in jeder Weise bereit sind, den Eintritt in das Handwerk zu erleichtern; wobei man freilich nicht übersehen darf, daß man sie nicht von heute auf morgen anlernen kann. Vielleicht geht es, wenn man sie zunächst nur die Anfertigung von Teilarbeiten lehrt, damit sie wenigstens in einem Betriebe mit Arbeitsteilung ihren Mann zu stellen vermögen.“

Dann werden einige Bemerkungen über die Ausbildung der Kriegsinvaliden gemacht, und zum Schluß heißt es:

„So dürften also die äußeren Voraussetzungen, Verletzen das Unterkommen im Handwerk zu erleichtern, wohl erfüllbar sein. Die Handwerkskammern werden sicher ein übriges tun, ihnen die Abwegung der Gesellen- und Meisterprüfung zu ermöglichen, selbst wenn sie die vom Gesetz vorgeschriebene geregelte Ausbildung nicht genossen haben. Sogar die Ausübten, zur Selbständigkeit und damit zum schönsten Besitz eines freien deutschen Mannes zu gelangen, sind nicht so schlecht. Denn die Handwerkskammern verfügen über Einrichtungen (Gewerbförderungsanstalten, Genossenschaften), die strebsamen Handwerkern die Anschaffung von Maschinen und Werkzeug wesentlich erleichtern. Auch der Staat wird sich hieran wohl in größerem Umfange beteiligen. So wird also zweifellos mancher Kriegsverletzte im Handwerk unterkommen können. Ist auch dessen Wettbewerb namentlich mit dem Großbetrieb heute nicht leicht, so hat es doch immer noch seinen gesicherten Grund. Darauf denen eine neue Zukunft zimmern zu helfen, die durch die Verteidigung unserer heiligsten Güter aus ihrer Lebensbahn geschleubert, wird sich das gesamte deutsche Handwerk und namentlich seine Landesvertretung zu einer ehrenvollen Pflicht anrechnen.“

Wir nehmen von diesen Kundgebungen gern Kenntnis und geben der Hoffnung Ausdruck, daß der hier geäußerte gute Will: auch nach dem Kriege in die Tat umgesetzt wird. Selbstverständlich wird vorausgesetzt, daß die Beschäftigung von Kriegsinvaliden nicht dazu benutzt wird, die Löhne der anderen Arbeiter zu drücken.

Auf die Waise der nach Mitteilungen der sozialdemokratischen Presse in diesem Jahre berichtet werden. Die Parteileitung und der Gewerkschaftsauswah, so heißt es, hat beschlossen, von den Angestellten am 1. Mai den Tagesverdienst nicht einzufordern; desgleichen soll auch die Bezirksfondsmarke nicht ausgegeben werden. Begründet wird der Beschluß damit, daß die Abführung des Tagesverdienstes die Arbeitsruhe am 1. Mai voraussetzt. Von einer Arbeitsruhe aber könne wegen des Weltkrieges in diesem Jahre wohl nicht die Rede sein.

Für uns Gewerbetreibende hat der Bericht auf die Waise keine Bedeutung. Uns hat der 1. Mai nie als Weltfeiertag geseht. Wir haben eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, insbesondere die Verkürzung der Arbeitszeit stets durch praktische Mittel erreichen zu können geglaubt. An dieser Auffassung werden wir auch für die Zukunft festhalten.

Die herrschende Kartoffelnot behandelt in einem sehr beachtenswerten Aufsatz die Korrespondenz für Kriegswohlfahrtspflege. Die bisherigen Maßnahmen werden darin als unzulänglich nachgewiesen. Das Ergebnis der Betrachtungen ist, daß der Bedarf an Kartoffeln zur Zeit größer ist als der Bestand. Dieses Defizit kann weder durch weitere Erhöhung der Produktionshöchstpreise, noch durch Festsetzung von Höchstpreisen oder die Bestandaufnahme ausgeglichen werden, und so muß denn die rasche Beschaffung neuer Mengen dringend gefordert werden, will man nicht die Bevölkerung bei dem allgemeinen Mangel an Nahrungsmitteln in Not bringen. Diese Forderung ist bereits von mehreren Handelskammern gestellt worden, und der Kriegsauswah für Konsumenteninteressen, Arbeiterorganisationen und zahlreiche Theoretiker haben sich auf denselben Standpunkt gestellt. Auch die Regierung scheint sich jetzt von der Notwendigkeit überzeugt zu haben. Es ist bereits angeordnet, eine teilweise Beschlagnahme der Kartoffelvorräte vorzunehmen, und zwar in den Erzeugungsgebieten, wo die vorhandene Ernte über den örtlichen Bedarf weit hinaus geht. Dadurch hofft man, die Versorgung der großen Städte, die bisher besonders schwierig ist zu erreichen. Der Umfang der Beschlagnahme ist auf höchstens 2 Millionen Tonnen gedacht. Ob diese Maßnahme zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung ausreicht, ist fraglich. Nebenfalls wäre bei ihrer Durchführung mit dem Grundstab gebrochen, daß die Beschlagnahme undurchführbar sei, und es steht dann wohl zu erwarten, daß eine

Erweiterung der Beschlagnahme auf Grund der teilweisen Verwüstung erfolgen wird, wenn sie sich als notwendig herausstellt.

Ueber die Verteilung der 9 Milliarden-Kriegsanleihe auf die verschiedenen Geldbesitzer hat die „Nöln. Ztg.“ folgende interessante Zusammenstellung veröffentlicht:

Zahl der Zeichner	Höhe der Zeichnung in Millionen Mark	Summe in Millionen M.
Kleine Sparer:		
452 113	bis 200 M. =	71
581 470	bis 500 M. =	264
1 033 583		825 ... 325
Mittelstand:		
1 079 637	bis 2 000 M. =	1327
361 459	bis 5 000 M. =	1354
130 900	bis 10 000 M. =	1057
46 106	bis 20 000 M. =	745
26 407	bis 50 000 M. =	936
1 644 511		5419 ... 5419
Reiche:		
7 742	bis 100 000 M. =	648
4 361	bis 500 000 M. =	1066
12 101		1714 ... 1714
Große Vermögen:		
538	bis 1 000 000 M. =	440
325	über 1 000 000 M. =	1162
863		1602 ... 1602

Vergleicht man damit das Ergebnis der ersten Anleihe, so zeigt sich, daß der Anteil der kleinen Sparer dagegen zurückgegangen ist. Jedenfalls läßt auch obige Zusammenstellung erkennen, daß zu dieser gewonnenen Schlacht, wie der Kaiser mit Recht das Ergebnis der letzten Kriegsanleihe genannt hat, die kleinen und mittleren Sparer nach ihren besten Kräften beigetragen haben.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. Ein junger Arbeiter hatte während der Mittagspause mit einem außerhalb des Feindmühlwerkes liegenden glühenden Schlackenlof ge spielt. Sein Kollege Z. hatte in den Lof ein Loch gebohrt und zugleich Wasser in das Loch gegossen und zugleich, wie das Wasser kochte, bis eine Explosion erfolgte, die dem Arbeiter erhebliche Verletzungen zufügte. Die erhobenen Rentenansprüche waren abgelehnt worden, und das Oberversicherungsamt Genj wie das Reichsversicherungsamt erklärten den ablehenden Bescheid für gerechtfertigt. In dem Urteil wurde ausgeführt, daß, wenn auch in den Arbeitspausen die Versicherung gegen Unfall nicht ichtschthin aufgehoben sei, so doch ein während einer solchen Pause sich ereignender Unfall nur dann als Betriebsunfall anzusehen ist, wenn der Arbeiter auch während der Pause sich innerhalb des Gefahrenbereiches des Betriebes befindet hat und der Unfall mit dem Betriebe in einem ursächlichen Zusammenhang steht. Die zweite Voraussetzung ist aber im vorliegenden Falle nicht gegeben. Es kann dahingestellt bleiben, ob der Kläger selbst Wasser in das von dem Mitarbeiter Z. in den Schlackenlof geflossene Loch gegossen hat. Nach seiner eigenen Angabe hat er, nachdem das Wasser in das Loch gegossen war, mit dem Mitarbeiter Sch. an dem Schlackenlof gestanden und zugeesehen, wie das Wasser kochte, bis die Explosion erfolgte. Er hat sich also jedenfalls an der Spielerei beteiligt und damit geschulden, die Gefahr zu schaffen, bei der er zu schaden kam. Durch sein Verhalten hat er sich außerhalb des Betriebs gesetzt. Der Kläger ist zur Zeit des Unfalls 18 Jahre alt gewesen, er hat also die zur Erkenntnis der Gefährlichkeit des Spielens mit dem glühenden Schlackenlof erforderliche Einsicht besessen. Die Betriebsleitung hatte daher dem Kläger gegenüber ihrer Aufsichtspflicht durch das allgemein erlassene Verbot genügt. Hiernach war der ursächliche Zusammenhang zwischen dem Unfall und den Gefahren des Betriebes zu verneinen und der Refus somit zurückzuweisen.

Einen härteren Handlungsgehilfenlohn bezweckt ein im Januar d. J. in Portugal angenommenes Gesetz. Dasselbe setzt den Höchsttarif der Handlungsgehilfen auf 10 Stunden der Bank- und Bureauangelegenheiten auf 7 Stunden fest. Ueberarbeit ist mit dem doppelten Stundenlohn zu vergüten. Die Festsetzung von Ausführungsbestimmungen ist den Gemeinden überlassen, welche zu diesem Behufe Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter zu befragen haben. Die Gemeindebehörden sind beauftragt, Gesuche um Ueberstunden (bis zu 3 Stunden am Tag und 104 im Jahr) zu bewilligen.

Aus dem Verbands.

Münsterberg. Am Sonntag, den 28. März, tagte in Erlangen die Jahreskonferenz des Fränkischen Bezirksverbandes. Vertreter waren fast sämtliche Ortsvereine aus Nürnberg, Fürth und Erlangen sowie je ein Ortsverein aus Ansbach und Bamberg. Kollege Kaiser-Münsterberg gab die in seinen Begrüßungsworten der ersten Jahresversammlung und der bereits im Jahre gehaltenen Gewerkevereinskollegen. Den Tätigkeitsbericht vom Sekretariat bezug. Bezirksverband erstattete Kollege Schmitzler. Derselben ist zu entnehmen, daß die Tätigkeit gegenüber den früheren Jahren naturgemäß eingeschränkt war. Die für Mitte August d. J. vorgesehene Konferenz mit Auswahl eines Beamten mußte infolge der Kriegsverhältnisse unterbleiben. Im übrigen aber hat doch das Sekretariat nach wie vor die überwiesenen Aufgaben für die fränkischen Ortsvereine erfüllt. Besucht wurden 126 Versammlungen und Sitzungen, der Postverkehr weist 1277 Zusätze und 638 Einläufe auf. Ueber die Tätigkeit des Sekretariats im einzelnen betreffen wir auf den demnächst im „Gewerkeverein“ erscheinenden Jahresbericht unserer Arbeitersekretariate.

Dem Bezirksverband waren zu Anfang 1914 von den im Mittelfranken vorhandenen 34 Ortsvereinen 28 angeschlossen. Wenn sie auch nicht ihren offiziellen Austritt erklärten, so stellen doch einige Ortsvereine ihre Verpflichtungen zum Bezirksverband in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres ein. Die Gründe liegen wohl in der gänzlichen Arbeitslosigkeit, mit der vertriebene Ortsvereine zu rechnen hatten und unter der sie auch heute noch leiden. Ein Versuch, von sämtlichen 34 fränkischen Ortsvereinen eine Uebersicht über ihre Unterstützungsleistungen vom Jahre 1914 zu erreichen, mißlang, da nur 20 Ortsvereine die überfandten Fragebogen ein sandten. Es lohnt sich jedoch eine Gegenüberstellung der Leistung dieser 20 Ortsvereine mit dem Jahre 1913.

Die 20 Ortsvereine verausgabten an:	
Arbeitslosenunterstützung	19 863,32 M 8 748,35 M
Streik- und Maßregelung	2 067,26 M 5 906,20 M
Unterstützung	21 066,08 M 13 193,15 M
Sonstige Unterstützung	2 166,29 M 1 516,74 M
Summa	46 154,94 M 28 763,44 M

Vorziehende Zahlen zeigen, wie tiefeinschneidend die Wirkungen des Krieges in die Erscheinung treten. Die Mitgliederzahl dieser in Betracht kommenden 20 Ortsvereine betrug am Jahresschluß 1914 rund 973. Im Jahre ständen von diesen Ortsvereinen bis 1. März 1915 etwa 200 Kollegen. Es ist bedauerlich, daß vorstehende Statistik nicht auf sämtliche 34 Ortsvereine erstreckt werden konnte und daß insbesondere auch einige größere Ortsvereine bei diesen Zahlen fehlen.

Den Kasfenbericht erstattete Kollege Kaiser, welcher in musterwürdiger Weise Kassee und Bücher geführt hat. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt.

Zur weiteren Frage der Beitragsleistung zum Bezirksverband bezug. Sekretariat faßte die Versammlung einstimmig folgenden Beschluß:

Unter Berücksichtigung der durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnisse und durchdrungen von der Notwendigkeit, das Sekretariat weiterzuerhalten, soll für die Kriegszeit der wöchentliche Mindestbeitrag zum Bezirksverband 2 Pf. pro Mitglied betragen, abzüglich der im Falle lebenden Mitglieder.

Erreicht dieser Weise haben einige Ortsvereine ihren bisher erhöhten Beitrag weiter zurückgeführt. Die hierauf erfolgte Wahl des geschäftsführenden Ausschusses ergab die Wiederwahl der bisherigen Kollegen.

Die Versammlung nahm hierauf noch einstimmig eine Entschädigung an, die von den Behörden folgendes fordert:

1. Eine staatliche Beschlagnahme der im Lande vorhandenen Kartoffelvorräte und ihre Verbrauchsrechnung für die Dauer der Kriegszeit.
2. Unvergütliche Freisetzung von Höfchtpreisen für Schweinefleisch und Schweinefleisch und die Entsendung schlagtreifer Tiere.
3. Förderung des Anbaues von Gemüse und Kartoffeln durch kostenlose Ueberlassung geeigneter Anbauflächen.

Weiter nahm die Versammlung Stellung gegen die nun in ganz Mittelfranken geplante Bierpreiserhöhung.

Versammlungen.

Berlin. Diskutierklub der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.). Verbandslokal der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstraße 221/23. Jeden 1. Mittwoch im Monat abends 8½. Nächste Zusammenkunft am 5. Mai. — Gewerkevereins-Vereinsrat (G.-D.). Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr. Sitzung im Verbandslokal d. Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste willk. — Sonnabend, d. 17. April 1915. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin I. Abends 8½ Uhr. Vers. mit Damen. Bildervortrag des Herrn Dr. Laubius. 8½ Uhr im „Freischlag“, Fruchtstr. 36a. Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Antrag betr. Kolonialdenk. 3. Vortrag des Koll. Weigt: „Vergütung der Kriegsteilnehmer, ihrer Familien und Hinterbliebenen. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III. Abends 8½ Uhr. Versammlung im Nordwest-Casino, Mit Noabit 55.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8½ Uhr. Vertreter - Sitzung im Durchsichtsaal, Bremen, Reckenstraße. — Göttingen (Diskutierklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hauslein, Sandstraße 42. — Delfzen. Gewerkevereins-Vereinsrat jeden Mittwoch, abds. 8½ Uhr. Sitzung im Verbandslokal. — Göttingen (Bücher). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Ricolle, Mauerstr. 62. — Weßfelden. Diskutierklub. Jeden Donnerstag abends von 8—10½ Uhr. Diskutierabend beim Kollegen Schmel. — Weßfelden a. G. (Gesangverein „Harmonie“ der Deutschen Gewerkevereine). Uebungsstunden je Mittwoch, abds. von 8½ bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Hofgarten“. — Weßfelden (Ortsverband). Gesangsabteilung der vereinigten Gewerkevereine (G.-D.) jeden Montag, abends 9 Uhr. Singstunde im Verbandslokal „Hofgarten“.

Freitag von 8—10 Uhr Uebungsstunde im Vereinslokal. — Weßfelden (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreter-Sitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 6—8 Uhr, Diskutierstunde im Vereinslokal von C. Simon, Alter Markt. — Göttingen b. Kassel. Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr. Diskutierabend bei Sudewig. — Göttingen (Ortsverband). Jeden 2. Freitag im Monat, 8½ Uhr Ortsvereins-Vereinsrat bei Hofe, Steinstr. — Göttingen (Kleinerklub). Jeden Montag von 9 bis 11 Uhr bei Vrell, Lagerstraße 2. — Göttingen (Gewerkevereins-Vereinsrat). Jeden Donnerstag Uebungsstunde bei Thüner in Altona, Einshöfstraße 48—50. — Göttingen (Ortsverb.). Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung b. Ww. Wllh. Ruge, Bahnhofstr. 18. — Göttingen. — Herten. Diskutierabend jeden 8. Mittwoch im Monat abds. pünktlich 8½ Uhr bei D. Hilpe, Rindenerstr. 5. — Köln (Ortsverb.). Jeden 2. Mittwoch im Monat, abds. 8½ Uhr Vertreter-Sitzung in der Benz-Erholung, Kreuzgasse. — Leipzig (Ortsverband). Sonntag, d. 25. April. Abends 6 Uhr im Verbandslokal „Stadt Hannover“. Seeburgstr. 25/27. Versammlung mit Frauen. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn Marinefahrrer a. D. Wangemann über „Japan“. 3. Beschlüssen. — Leipzig (Gewerkevereins-Vereinsrat). Die Uebungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9—11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — Lippstadt (Ortsverband). Sonntag, den 18. April, nachmittags 2½ Uhr. Verbandsversammlung im Besel. Tagesordnung besonders wichtig. — Wäldchen. Jede. Jeden ersten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr. Vertreter - Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 33. — Weßfelden (Kleinerklub d. Gewerkevereine). Die Uebungsstunden finden jed. Dienstag abds. 8½ Uhr im Sotal Rebel, Poststraße 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich willk. — Weßfelden (Diskutierklub für Kegel, Vorküwalde u. Reinickendorf). Sitzung jeden Dienstag, abds. 8—10 Uhr bei Kömer, Schillerstraße 23. — Weßfelden (Kleinerklub). Ortsvereins-Vereinsrat bei Ricolle, Mauerstr. 62. — Weßfelden. Diskutierklub. Jeden Donnerstag abends von 8—10½ Uhr. Diskutierabend beim Kollegen Schmel. — Weßfelden a. G. (Gesangverein „Harmonie“ der Deutschen Gewerkevereine). Uebungsstunden je Mittwoch, abds. von 8½ bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Hofgarten“. — Weßfelden (Gewerkevereins-Vereinsrat). Gesangsabteilung der vereinigten Gewerkevereine (G.-D.) jeden Montag, abends 9 Uhr Singstunde im Verbandslokal „Hofgarten“.

Literatur.

Genauere Beschreibung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht. Die gemeinnützige Wiltshverforgung in Deutschland. Mit Beiträgen von Dr. A. Wigenhausen und Prof. Dr. Komp. Verlag von Dunder u. Humblot, München und Leipzig 1915. Die Wiltshverforgung der Stadt München. Von Balther Hofe. Mit 5 graphischen Darstellungen. Verlag von Dunder u. Humblot, München und Leipzig 1915.

Anzeigen-Teil.

☛ Inserate werden nur gegen barzahlung angenommen. ☛

Ruhrpfl!
Am 7. April haben wir dem Kollegen
Andreas Sonold,
2. Vorsitzender des Ortsverbandes, das letzte Geleit gegeben.
Mit ihm ist nicht nur ein edler Gewerkevereiner, sondern auch ein pflichttreues Ausschuss-Mitglied dahingegangen.
Wir werden dem Kollegen ein dauerndes Andenken bewahren.
Er ruhe in Frieden!
Der Geschäftsführende Ausschuss des Ortsverbandes Hannover-Linden und Umgegend.
Hofen (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pf. Unterstützung; zu erhalten ist dies bei den Ortsvereinskassieren und bei G. Remeyer, Kaiser-Friedrich-Straße 16.
Idelstedt. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Quartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Otto Beuquel, Stelgner-Kohlenhandlung, Zwingerstraße zu entnehmen.
Oers (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Gewerkevereinskollegen wird ausbezahlt bei G. Schneider, Bahnhofstr. 62.
Walden (Ortsverb.) Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Ortsbeitrag bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.

Breslau (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Kollegen wird ausbezahlt beim Ortsvereinskassierer Herrmann Gansel, Neumarkt 28.
Schweidnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Besprechungskarten im Werte von 75 Pf. bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsvereinskassierer Georg Beerendorf, Bormerstraße 24.
Sonne a. G. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ihr Ortsvereinsbeitrag (Besprechungskarten im Werte von 1 Mark beim Kassierer ihres Berufs, Kollegen unvertriebenen Berufs beim Ortsvereinskassierer Karl Ruge, Große Steinstraße 10, G. IV.
Wann (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten nachweis und 75 Pf. Unterstützung oder Nachflugs auf dem Bureau der Maschinenbauer, Wilhelmstr. 15.
Wlaga (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 75 Pf. Ortsbeitrag beim Kollegen Unglaube, Preußische Straße 89.
Wilm a. D. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 1 Mark Unterstützung beim Ortsvereinskassierer Greiner, Pfannengasse 17.

Wittenberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Ortsbeitrag beim Kassierer Aug. Schürz, Semmlerstr. 28.
Witten (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Unterstützung beim Ortsverb.-Kassierer W. Krumbiegel, Schiffstr. 19.
Wittenberg (Ortsverb.). Durchreisende erp. im Winterhalbjahr 1. April bis im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei G. Gerbe, Wend. Graben 30.
Wittenberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstützung im Bureau, Bellemstraße 67.
Wittenberg (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsvereinsbeitrag von 75 Pf. bei ihrem Ortsvereinskassierer.
Wittenberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten eine Unterstützung von 75 Pf. beim Ortsvereinskassierer Kollegen F. Schöner in Spottan, Wlagaerstraße 10. Arbeitsnachweis ebenfalls.
Wittenberg (Ortsverband). Besprechungskarten für durchreisende Gewerkevereinskollegen beim Ortsvereinskassierer Paul Wuttke, Georgenstraße 8. Vereinslokal ist „Prinz von Preußen“, Wlagaerstraße.

Durch das Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 223, sind folgende Schriften zu beziehen:
Leitfaden des Arbeitsrechts von A. G. Preis 4,80 M.
Neuzeitliche Wirtschaftspolitik von Friedr. Raumann. Preis 3 M.
Reform des Arbeitsrechts von Dr. Fleck. Preis 20 Pf.
Die Krankenversicherung von Karl Goldschmidt. Preis 80 Pf.
Die Unfallversicherung von Anton Erlebens. Preis 30 Pf.
Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung von S. Lewin. Preis 30 Pf.
Die Schwindsucht der Arbeiter, ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung von Professor Dr. Sommerfeld. Preis 30 Pf.
Zusammenhang der Deutschen Gewerkevereine 1914. Mit Abhandlungen von Dr. Wittmann, Abgeordneter Hoff, Prof. Dr. Kimmann-Gottschiner, Dr. J. J. G. sowie führenden Gewerkevereinskollegen. Preis 16 Pf.
Entwicklung des gewerkschaftlichen Einigungsweises in Deutschland von Magistralrat R. v. Schulz. Preis 20 Pf.
Mittler und Waiandsperrung. Eine privatrechtliche Abhandlung von Dr. G. G. Schmalz. Preis 50 Pf.
Problem der Arbeiterpsychologie von Professor Dr. G. F. Preis 10 Pf.
Die Strohärten zum Einzelpreis von 10 Pf. kosten in Partien (auch gemischt) bezogen: 10 Stück 80 Pf., 20 Stück 1,50 M., 50 Stück 3,75 M.